

## Eine Generalblamage des Staates

In einer trüben Stunde ließ Herr Groll einige Aspekte der letzten dreißig Jahre an sich vorüberziehen. So dachte er auch an die **Initiative Minderheiten** (IM). Als diese 1991 in Innsbruck und in Wien gegründet wurde, konnte niemand ahnen, dass sich aus der kleinen Runde engagierter Personen im Lauf der Jahre eine NGO entwickeln sollte, die auf eine vorbildliche beachtliche zivilgesellschaftliche Arbeit verweisen kann.

Die Grünen waren nach den Kämpfen um Hainburg erstmals ins Parlament gewählt worden. Eine Mitstreiterin der IM, Alev Korun, wechselte um die Nullerjahre als Abgeordnete der Grünen in den Nationalrat und war dort eine umtriebige Anlaufstelle für Minderheitenfragen. ÖVP und SPÖ lagen damals in den letzten Zügen einer von gegenseitiger Abneigung und fortgesetzten Blockaden geprägten Koalition. Und Jörg Haider, der 1986 die Macht in der FPÖ übernommen hatte, baute die einstige Honoratiorenpartei mehr und mehr zu einer rechtspopulistischen Krawallpartei um, deren rechtsextremer Rand bei der SA und NSDAP anknüpfte und in dafür anfälligen ländlichen Regionen, aber auch unter den Krisenverlierern der großen Städte hohe Stimmanteile bei Wahlen aller Art lukrierte. Haider schaffte es, der Sozialdemokratie ihre Arbeiterbasis abspenstig zu machen – die SPÖ lieferte mit der kriminellen Pleite von Konsum und BAWAG und der Verscherbelung der verstaatlichten Industrie die Munition für dieses größte Wählerauswärtmanöver der Zweiten Republik. Seither ist die österreichische Arbeiterklasse ins rechte bis rechtsextreme Lager gewandert, die FPÖ ist *die* Arbeiterpartei. Und aus dem Zweieinhalb-Parteiensystem wurde ein System mit drei Mittelparteien mit einem grünen Einsprengsel. Nach dem bizarren Kurz-Intermezzo bewegen wir uns derzeit auf eine Neuauflage dieser Konstellation zu. Schließlich sorgte die „Waldheim-Affäre“ noch für die historische Unterfütterung der Rechtsentwicklung.

In diesen Jahren eine minderheitenorientierte NGO zu gründen, war ein mutiges und höchst notwendiges Unterfangen. Es war eine Manifestation der Zivilgesellschaft im besten Sinn.

Zu den Umbrüchen auf der politischen Oberfläche gesellte sich eine europaweit einzigartige Versäulung der

Gesellschaft. Sämtliche Lebensbereiche werden durch ständische Strukturen wie Bünde und Kammern und eines auf Klientelwesen und Politfolklore basierenden Föderalismus durchdrungen. Somit erwies sich der Unterbau der österreichischen Gesellschaft, der „erweiterte“ Staat, als immobil und starr. Die Kräfte der Beharrung waren und sind unüberwindlich. So dümpelt eine sedierte Gesellschaft vor sich hin, die Neues als bedrohlich empfindet und darin von Staatsbürokratie angefeuert wird. Die Medienkonzentration, getragen von kirchlichen und agrarfinanziellen Machtblöcken, ist die höchste in der EU, nirgendwo gibt es weniger Tageszeitungen. Und der ORF erweist sich als intransparenter Monopolist, der die Fassade für Nepotismus, Postenschacher und schamlose politische Einflussnahme darstellt.

Österreich ist das einzige europäische Land, in dem es noch ein Amtsgeheimnis gibt. In Schweden sind die Steuer- und Einkommensakte jedes Bürgers im Internet einsehbar. In Österreich weiß die BILLA-Kassierin nicht, wie viel ihr jüngerer Kollege an der Nebenkasse verdient. Durch die gesetzlich fixierte Geheimniskrämerei kann das Behördenhandeln nicht nachverfolgt und nicht beeinsprucht werden. In der Praxis sind Beschwerden Petitionen gleichgestellt und haben keine Erfolgsaussicht. Bedenkt man die Abhängigkeit vieler wichtiger NGOs von staatlichen Subventionen und Förderungen, ist dieser Zusammenhang fatal. Demokratie bedarf nämlich einer *gesetzlich garantierten Förderung von Widerspruch*. In Österreich aber werden – wie im Falle der IM – selbst bereits zugesagte Gelder nicht ausbezahlt. Damit wird der ohnehin breite Weg in eine autoritäre Politik zu einer Autobahn, die in die engsten Kreise der Macht führt. Dieses Lehrstück wird in den mittel- und osteuropäischen Staaten seit längerem in Szene gesetzt. Neuerdings reiht sich auch Italien in den *cordon scandaleux* ein.

Damit hatte Herr Groll für sich die Frage beantwortet, ob die **Initiative Minderheiten** noch eine Existenzberechtigung hat. Er beschloss, sich für die Gedankenarbeit mit einem Glas Blauburger des Weinguts Fegerl in Deinzenndorf bei Retz zu belohnen.